

BERLINER ANSTOR

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN

AUSGABE 3 | AUG 2026

KOMMENTAR

Liebe Leserin, lieber Leser,

Eine Stimme für die DKP? – „Ist doch verschenkt! Ihr kommt sowieso nicht rein.“ Rein kommen ins Parlament, kann das das einzige Kriterium sein? Hat es eigentlich in den letzten Jahrzehnten trotz linker Parlamentsfraktionen eine Trendumkehr von immer schlechter zu besser gegeben? Da änderten sogar Regierungsbeteiligungen nichts, wie wir auch gerade in Berlin erleben mussten. Im Gegenteil! Denn wer dabei sein will im Club, muss reichlich Beiträge zahlen.

Konkret: Wer sich für auskömmliche Löhne und Renten einsetzt, für bezahlbare Mieten, für ein gutes Bildungssystem und ein bedarfsgerechtes Gesundheitssystem, für Klima- und Umweltschutz, wer gegen Faschismus und Militarismus ist, gegen Polizeigewalt und Überwachung durch Geheimdienste, ja gerade wer auch für Frieden und Abrüstung ist – dabei jedoch den großen weißen Elefanten im Raum beschweigt (aus „Staatsräson“ beschweigen muss), der führt seinen Kampf gegen Windmühlen.

Der Elefant heißt: Militärische Unterstützung der Ukraine, Aufrüstung ohne Grenzen, Vergrößerung der Bundeswehr – bis Russland ruiniert und besiegt ist, koste es, was es wolle. Und es kostet sehr viel, so viel, dass für das, was die Menschen in Deutschland für ein menschenwürdiges Leben brauchen und sich wünschen, nicht mehr genug bleibt. Und es kostet außerdem Demokratie, nämlich durch zunehmende Polizeigewalt, Überwachung und Kriminalisierung von Andersdenkenden, angepasste Richter. Die DKP bezeichnet das, was seit der „Zeitenwende“ mit Deutschland geschieht, als reaktionär-militaristischen Staatsumbau.

Deshalb können die so wichtigen Kämpfe für soziale Gerechtigkeit, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für die Verteidigung der Demokratie nur glaubwürdig geführt werden, wenn Stellung bezogen wird gegen die Kriege des „Westens“, die dieser zur Rückgewinnung einer weltweiten Hegemonie führt. So die Welt gesehen (was, zugegeben, kein schöner Blick ist), kann eine Stimme für die DKP doch keine verschenkte Stimme sein.

Jörg Stoll, Landesvorstand DKP Berlin

ANZEIGE

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

„Lesen bedeutet
wachsen“
(José Martí)

Sagen was ist!

Jetzt
6 Wochen
kostenlos testen.
Oder direkt
abonnieren!

unsere-zeit.de/abo
abo@unsere-zeit.de



Berlin befreien!

Die Vier-Millionen-Metropole Berlin wurde von allen ehemaligen und heutigen Senatsparteien heruntergewirtschaftet. Dafür wird sie nun auf Kriegskurs gebracht. Wenn Sie am 20. September die DKP wählen, kann sich das ändern.

Seit 1989 saß die SPD in jedem Berliner Senat, seit der Wiederholungswahl 2023 wieder einmal in einer Koalition mit der CDU. In den drei Jahren seither hat sich der Abstieg der deutschen Hauptstadt beschleunigt.

Hier kletterten die Angebotsmieten im Vergleich aller deutschen Großstädte am schnellsten nach oben, sie lagen 2025 schon bei fast 16 Euro/m². Die Konsequenz: Das Heer der Obdachlosen wird auf bis zu 10.000 Menschen geschätzt, die Zahl der irgendwie untergebrachten Wohnungslosen liegt bei mehr als 50.000. Das System des Öffentlichen Nahverkehrs verfällt zwar allmählich, aber die amtierende Verkehrsministerin Ute Bonde (CDU) bilanzierte am 21. Juli im „Tagesspiegel“: „Besser war die BVG noch nie aufgestellt.“ Und sie glänzt mit irren Ideen, die Berlin gerade noch gefehlt haben. So im August 2025: Magnetschwebbahn vom ICC zum Flughafen BER. Dezember 2025: Dritte Landebahn für den BER.

Bontes Vorgängerin in diesem Amt, Manja Schreiner (CDU), trat übrigens nach einjähriger Amtszeit 2024 wegen Aberkennung ihres Jura-Dokortitels durch die Uni Rostock zurück. Dafür ist sie seit 2025 Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin.

Das Personal des Wegner-Giffey-Senats stellte aber insgesamt eine seltene Negativauslese dar. Da gab es die geballte Unfähigkeit des 2025 zurückgetretenen Kulturseminators Joe Chialo (CDU), das monatelange Lügen des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner (CDU) wegen seines (Nicht-)Agierens beim großen Stromausfall im Südwesten Berlins. Und es gibt staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen des Verdachts der schweren Untreue wie im Fall der am 24. April 2026 zurückgetretenen Kulturseminatorin Sarah Wedl-Wilson (parteilos). Sie stopfte auf Geheiß der CDU 2,6 Millionen Euro in die Taschen dubioser israelfreundlicher Gruppen. Statt um angebliche Bekämpfung von Antisemitismus ging es um

Vetternwirtschaft, Korruption und private Vorteilsnahme. CDU und SPD fanden das alles jedoch zum Abschluss des Untersuchungsausschusses am 20. Juli nicht von Belang, versagt hätten allein die Beamten der Kulturverwaltung. Die allerdings hatten Wedl-Wilson wiederholt auf ihr rechtswidriges Verhalten hingewiesen.

Der grundsätzliche Fehler im System heißt Rüstung. Drei Tage nach dem Rücktritt von Wedl-Wilson verkündeten Wegner, Wirtschaftsministerin Giffey (SPD) und ihre schon erwähnte Exkollegin Schreiner auf einer IHK-Presskonferenz die gemeinsame Initiative „TechHUB SVI Ost“. Hinter dem blödsinnigen Marketingtitel steckt der Plan, einige Milliarden Euro aus dem Rüstungsprogramm der Bundesregierung abzugreifen. Der Senat hatte bereits am 2. Dezember 2025 verkündet, er wolle in Berlin ein „Defense Technology-Ökosystem“ entwickeln. Wegner ließ sich am selben Tag zitieren: „Berlin soll zu einem europäischen Leuchtturm im Bereich Sicherheitstechnologien werden, um Unternehmensgründungen und -ansiedlungen zu fördern.“ Und Giffey steuerte bei: „Schon heute sind 130 Unternehmen aus der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in der Hauptstadtregion ansässig. Dazu kommen über 400 Unternehmen, die im Dual Use Bereich Produkte, Software oder Technologien erarbeiten.“

Wer solch große Zukunft im Kopf hat, kann sich nicht um Kleinigkeiten wie Mieten, Nahverkehr oder die fast 12.000 Haushalte, denen 2025 der Strom gesperrt wurde, weil sie ihn nicht mehr bezahlen konnten, kümmern. (2023 waren es erst 5569 Haushalte.) Dafür sind schließlich die Milliarden Euro, die ja den „Aufschwung“ in Deutschland bringen sollen, nicht gedacht. Außerdem geht es beim Bau des europäischen Rüstungsleuchtturms Berlin rasch voran. Am Rande der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) unterzeichneten zum Beispiel Wegner und der Chef des staats-eigenen israelischen Rüstungskonzerns Israel Aerospace Industries (IAI) im Juni eine

strategische Absichtserklärung zur Gründung eines neuen „Innovationszentrums“ für Militär, Luft- und Raumfahrt. Dabei geht es nicht nur um Forschung, sondern auch um eine IAI-Ansiedlung in Berlin „durch lokale Produktion“. Rüstungskonzern Rheinmetall ist schon da und baut im Wedding in der ehemaligen Pierburg-Fabrik statt Autoteilen Metallhülsen für 155-Millimeter-Artilleriemunition. Rasch entwickeln sich in der Hauptstadt Betriebe für Drohnentechnik, Satelliten und Cybersicherheitssysteme. Dem voraus ging im Juli 2025 der Vorschlag der Berliner CDU-Fraktion, Berlin solle nach dem Vorbild Israels einen „Iron Dome“, einen Raketenabwehrschirm, erhalten.

Bei solcher Nähe zur israelischen Kriegsindustrie ist es klar, dass der Senat jede Kritik am Völkermord in Gaza oder gar Solidarität mit dem Volk von Palästina als Antisemitismus bekämpft. Er lässt durch die Polizei das Versammlungsrecht aufheben oder setzt die Unterdrückung der Meinungsfreiheit gleich mit Knüppeln durch. Springerpresse und AfD spenden heftigen Beifall.

Berlin muss von diesem Alptraum aus korrupter und unfähiger Landespolitik, der für die Zukunft der Stadt nichts anderes einfällt als der Aufbau einer Kriegsindustrie, befreit werden. Die Stadt darf keine EU-Rüstungszentrale werden, in der Waffenkonzerne Milliarden Euro aus der Staatskasse an sich reißen. Berlin muss zu einem europäischen Zentrum werden, in dem Milliarden Euro für bezahlbare Wohnungen, für Schulen und Hochschulen, für Schwimmbäder, intakte Gleisanlagen, funktionierende Krankenhäuser und alle Bereiche kommunaler Daseinsvorsorge verwendet werden. Das Geld ist da.

Die DKP ist die einzige Partei, die das auf die Tagesordnung setzt und konsequent für Frieden eintritt. Sie verdient Ihre Stimme am 20. September.

Arnold Schölzel

Berliner Gesundheitswesen: Auf Talfahrt

In der Berliner Gesundheitsversorgung krielt es schon lange. Bedingt durch verweigerte staatliche Investitionshilfen und durch die Finanzierung über Fallpauschalen geraten Kliniken zunehmend in finanzielle Schieflagen. Den Anfang machte das Wenckebach-Krankenhaus in Tempelhof. Es folgte die Schlossparkklinik in Charlottenburg und es wird folgen das DRK-Krankenhaus im Wedding. Auf der Kippe steht das Jüdische Krankenhaus, ebenfalls im Wedding. Weitere Häuser werden hinzukommen, denn dies ist politisch so gewollt.

Mit dem am 10. Juli verabschiedeten Spargesetz, dem so genannten Beitragssatzstabilisierungsgesetz, setzt die Bundesregierung nun die Axt an die Strukturen der Gesundheitsversorgung. Neben steigenden Zuzahlungen durch die Patienten wird die Finanzierung der ambulanten ärztlichen Versorgung rigoros gedeckelt. Das wird dazu führen, dass Facharzttermine reine Glückssache oder aber eine Frage des Geldbeutels werden. Die unweigerliche Folge wird ein Ansturm auf die verbliebenen Rettungsstellen der Kliniken sein.

Das Spargesetz begrenzt jedoch auch die Zahlungen an die Krankenhäuser: Die Refinanzierung von Lohnanpassungen durch Tarifabschlüsse wird entfallen. Das Pflegebudget der Krankenhäuser wird gedeckelt und somit die realen Kosten der Pflege nicht abgedeckt. Das und weitere Maßnahmen werden die Kliniken tief in die roten Zahlen bringen. Die Folgen werden aber nicht nur zulasten der Patienten gehen, sondern auch auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Inflationsausgleich durch gute Tarifergebnisse erscheint so kaum noch durchsetzbar.

Bereits Erreichtes wird nun in Frage gestellt. Bereits im Mai hatte die Charité den geltenden Entlastungstarifvertrag gekündigt. Ein schwieriger Abwehrkampf steht den Beschäftigten bevor, um das bisher Erreichte zu verteidigen. Das trifft auch auf die kommenden Lohnrunden zu. Bei Personalkosten wird gern zuerst gespart, denn zwei Drittel der Kosten in den Kliniken sind Personalkosten. In Berlin trifft diese Verknappung von Ressourcen allerdings auf kampferprobte Belegschaften, zumindest bei Vivantes, Charité und einzelnen anderen Häusern. Immer wieder gab es in Berlin in den letzten 40 Jahren (und auch davor) große und auch erfolgreiche Kämpfe von Klinikbeschäftigten. Wir stehen im Gesundheitswesen wie auch in anderen Bereichen (Soziales, Bildung) vor einer langwierigen Auseinandersetzung. Es geht um nicht weniger als den Erhalt des Zugangs zu Gesundheit, Teilhabe und Bildung in dieser Stadt.

Betriebsaktiv Gesundheit

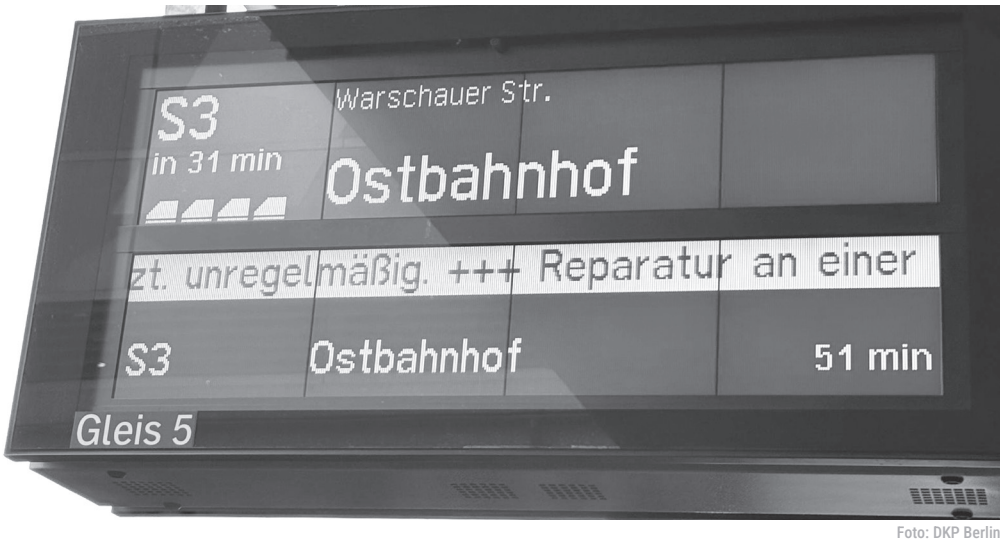


Foto: DKP Berlin

Berliner Nahverkehr – die Bevölkerung zahlt die Rechnung für Sparpolitik und Kriegskurs

Wer täglich mit U-Bahn, Straßenbahn, Bus oder S-Bahn unterwegs ist, kennt die Realität: Verspätungen, Zugausfälle und überfüllte Fahrzeuge gehören längst zum Alltag. Der allmähliche Verfall des Berliner Nahverkehrs ist jedoch kein Naturereignis, sondern die Folge einer Politik, die – an der internationalen Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals ausgerichtet – die öffentliche Daseinsvorsorge immer stärker angeblichen Sparzwängen unterwirft.

Nach der Berliner Bankenkrise zum Beginn der 2000er Jahre setzte der SPD-PDS/Die Linke-Senat einen jahrelangen Sparkurs durch. Bei der BVG wurden Investitionen in Fahrzeuge, Werkstätten und Personal über Jahre verschoben, während Berlin um

Hunderttausende Einwohner wuchs und die Fahrgastzahlen stiegen. Neue Züge wurden zu spät bestellt, alte mussten weit über ihre geplante Einsatzdauer fahren, Personalmangel vom Fahrdienst bis in die Werkstätten verschärfte die Situation.

Auch die S-Bahn leidet bis heute unter Fehlentscheidungen mit jahrzehntelangen Folgen. Die Krise von 2009 zeigte, wohin Rationalisierung und Kostendruck bei Wartung und Instandhaltung führen. Damals mussten nach einem Achsenbruch bei dem damals neuesten Fahrzeugmodell zunächst fast 90 Prozent des Wagenparks aus dem Verkehr gezogen werden – ältere Modelle hatte man in den Jahren zuvor vorschnell verschrottet, um Werkstattkapazitäten einzusparen.

Hinzu kamen und kommen eine überalterte Infrastruktur und ein Schienennetz an der Belastungsgrenze, was regelmäßig zu abschnittsweisen Streckensperrungen führt.

Ein übriges taten die jahrelangen Ausschreibungs- und Privatisierungspläne des Senats (Zerbrechen des S-Bahn-Netzes in drei Subsysteme), die besonders durch die damalige Grüne-Verkehrssenatorin Günter forciert wurden. Sie banden zusätzliche Ressourcen und verzögerten notwendige Investitionen – die damit beabsichtigte Zerschlagung öffentlicher Verkehrsstrukturen war und ist eben kein Fortschritt, sondern bewusste Politik, die „freien Wettbewerb“ über Versorgungssicherheit stellt.

Jetzt droht sich die Misere zu verschärfen. Der Kurs der Bundesregierung zur Herstellung der Kriegstüchtigkeit lenkt Hunderte Milliarden in Raketen, Drohnen, Panzer, U-Boote, Bundeswehr. Was jedoch für Waffen und Rüstungskonzerne bereitgestellt wird, wird beim öffentlichen Nahverkehr (und beileibe nicht nur dort) fehlen.

Die DKP Berlin tritt deshalb auch in der Verkehrspolitik für einen Kurswechsel ein: Statt dass Milliarden in die Aufrüstung oder in den Weiterbau der Autobahn A 100 fließen, müssen diese Gelder u.a. für Busse und Bahnen zur Verfügung gestellt werden – für Fahrzeuge, Werkstätten, Personal und Infrastruktur. Die Beschäftigten brauchen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, damit genügend Fachkräfte gewonnen werden können. Die S-Bahn gehört vollständig in die öffentliche Hand, jede weitere Privatisierung muss verhindert werden, wie z.B. die geplante Übertragung der Wartung der S-Bahn-Züge an die Konzerne Siemens und Stadler.

Langfristiges Ziel bleibt ein kostenloser, aus öffentlichen Mitteln finanzierter Nahverkehr. Gute Mobilität ist keine Ware, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und Voraussetzung für soziale Teilhabe sowie wirksamen Klimaschutz.

Rainer Perschewski

Wenn der Antifaschismus zum Sicherheitsrisiko erklärt wird

Zwei Jahre lang war es ein fester Termin im Berliner Sommer: das antifaschistische Freiluftkino am Ernst-Thälmann-Denkmal in Prenzlauer Berg. Jetzt hat das grün geführte Bezirksamt Pankow den Veranstaltern die Genehmigung für die dritte Vorführung entzogen – ausgerechnet für den DEFA-Klassiker „Die Fahne von Kriwoj Rog“ (1967), ein Film über den antifaschistischen Widerstand von Bergleuten im Mansfelder Land.

Die Begründung ist an Zynismus kaum zu überbieten: „Vor dem Hintergrund des fortwährenden bewaffneten Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine“ sei zu befürchten, dass ein Film mit „Bezug zu militärischen oder kriegserischen Ereignissen“ geeignet sei, „erhebliche Kontroversen“ auszulösen, heißt es im Bescheid. Man fasst es nicht: Damit wird ein Streifen aus dem Jahr 1967, der von deut-

schen und ukrainischen Bergleuten erzählt, die gemeinsam eine rote Fahne vor den Faschisten retten, zur potenziellen Bedrohung des öffentlichen Friedens erklärt. Dass der Film keinen Bezug zum heutigen Kriegsgeschehen hat, spielt keine Rolle. Es dürfte dem Bezirksamt auch gar nicht um den konkreten Inhalt gehen, sondern vermutlich ist es die Absicht, alles, was an die deutsch-sowjetische Freundschaft erinnert, aus der Öffentlichkeit zu verbannen.

Diese Willkür steht nicht für sich. Sie reiht sich ein in eine Kette von Eingriffen, mit denen antifaschistisches Gedenken in Berlin systematisch unter Verdacht gestellt wird: Fahnenverbote am Tag der Befreiung, neue Gummiparagraphen im Strafrecht, Berufsverbote wegen Palästina-Solidarität. Auch am sowjetischen Ehrenmal in Treptow mehren sich Bestrebungen, die Erinnerung an die Befreiung vom Fa-

schismus umzudeuten und in eine genehmere Erzählung zu pressen. Das Deutsch-Russische Haus in Berlin wiederum soll so weit sanktioniert werden, dass es dichtmachen muss. Das Muster ist immer dasselbe: Wer an die Rolle der Roten Armee im Kampf gegen den Faschismus erinnert, gerät ins Visier.

Diese engmaschige Kontrolle des öffentlichen Raums ist kein Ausrutscher einzelner Ämter, sondern ein Teil der Kriegsvorbereitung gegen Russland, der auch vor der eigenen Geschichte nicht haltmacht. Es geht darum, ein für alle Mal festzuschreiben: Der Aggressor war und ist immer „der Russe“.

Die DKP klagt gemeinsam mit den anderen Veranstaltern gegen dieses Verbot. Unsere Kultur und unsere Geschichte lassen wir uns nicht nehmen! Unterstützt uns im Wahlkampf, damit wir gemeinsam den Antifaschismus verteidigen und dem Geschichtsrevisionismus entgegentreten.

Gruppe Pankow

ANZEIGE

Sommer der Solidarität

Jetzt bestellen!

80 Ausgaben Print für 80 Euro
3 Monate online für 30 Euro

Mehr als 66 % Ersparnis zum Normalpreis. Abo endet automatisch

jungewelt.de/aktionsabo

0 30/53 63 55-80 • abo@jungewelt.de

1. September WELTFRIEDENSTAG und ANTI-KRIEGSTAG

**Nein zu Kriegstüchtigkeit
Ja zum Frieden!**

**Demonstration
mit Transparentkette
01.09.2026
ab 17:00 Uhr
am Dorothea-Schlegel-Platz**

Berliner Friedensplenum

Die Friedenkoordination Berlin
trifft sich jeden ersten Sonntag im Monat:
Komm auch Du zum großen Berliner Friedensplenum
**am Sonntag,
den 06. September | 18.30 Uhr
PallasT, Goebenstr. 1, 10783 Berlin**

**Vortrag mit
Militärhistoriker Dr. Lothar Schröter
zu »Heimatschutzdivision
der Bundeswehr«**

FRIEDENSKOORDINATION BERLIN
Netzwerk gegen Krieg seit 1980

Deutsch-Chinesischer Freundschaftsverein e.V.
Ludwigsfelde

Wir informieren mit
monatlichen Vorträgen
über die Geschichte
und die Politik Chinas.

Für Ihre
Veranstaltungen
bieten wir Referenten
zu China an.

„1949 hat der Sozialismus China gerettet –
jetzt rettet China den Sozialismus“

Weitere Informationen:
www.dcfv-ludwigsfelde.de
www.youtube.com/@dcfv1949/featured
dcfv.ludwigsfelde@gmail.com

Solidarität mit Palästina heißt:

**keine Waffenlieferungen,
keine militärische
Zusammenarbeit mit der
israelischen Regierung**

Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes — Verband
der AntifaschistInnen

<https://vvv-vda.de>
info@vvv-vda.de

Das Fest des Friedens und der Solidarität

UZ-Friedenstage



28. - 30. August

Franz-Mehring-Platz 1

★ EINTRITT FREI ★

Gemeinsam feiern!

Gemeinsam kämpfen!

Kommt zu den UZ-Friedenstagen

Drei Tage volles Programm mit Konzerten, Diskussionen, Lesungen und Workshops auf der Bühne, im Literaturzelt und im FMP1, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Im Folgenden eine Auswahl:

Freitag, 28. August

18.00 Uhr: Viva Kuba!

Der Freitagabend der UZ-Friedenstage steht im Zeichen der Solidarität mit dem sozialistischen Kuba. Ab 18 Uhr gibt es auf der Bühne Berichte aus Kuba. Grußbotschaften - und natürlich Musik mit Tobias Thiele, Calum Baird und dem Nicky Marquez Trio. Ab 22 Uhr feiern wir im Innenhof des FMP1 Fidels 100. Geburtstag!

20.00 Uhr: Die Herren der Welt - Imperialismus, Neokolonialismus, Militarismus | Antikriegsprogramm von Christa Weber und Martin Götz.

Samstag, 29. August

10.30 Uhr: Glaubst du, die Russen und Chinesen wollen Krieg?

Podiumsdiskussion mit Christiane Reymann, Initiatorin der Kampagne "Russland ist nicht unser Feind!", Beat Schneider und Arnold Schölzel, Spitzenkandidat der DKP Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen.

12.00 Uhr: Solidarität mit Hüseyin Dogru

Gespräch mit Hüseyin Dogru, der als Journalist Opfer von EU-Sanktionen ist, die seine und die Existenz seiner Familie bedrohen.

13.30 Uhr: Daseinsvorsorge im Flecktn?

Podiumsdiskussion mit Rainer Perschewski, Mitglied der EVG und Kandidat der DKP zu den Abgeordnetenhauswahlen, und Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen und der Post.

15.00 Uhr: Palästina-Solidarität und Repression im Betrieb

Podiumsdiskussion mit Ahmad Othman, Betroffener des Verbots der Palästinasolidarität Duisburg, und einem Vertreter des Soli-Netzwerks "3ezwa".

16.30 Uhr: Betriebsgruppen der DKP - Wo gibt's denn sowas?

DKP-Betriebsgruppen bei der Bahn, der Post und im Gesundheitswesen stellen ihre Arbeit vor.

16.30 Uhr: Gelebter Antifaschismus in der DDR

Zeitzeugengespräch mit Katja und Thomas Geggel.

Sonntag, 30. August

10.30 Uhr: Berlin, Stadt der Rüstung? - Stadt des Friedens!

Podiumsdiskussion zum Rüstungsstandort Berlin mit einer Vertreterin der GEW Berlin und von "Eltern gegen Wehrpflicht", einem Vertreter des Berliner Bündnisses gegen Waffenproduktion und Chris Hüppmeier (DKP).

11.00 Uhr: Deutsche Wege

Warum im Osten Arbeiterparteien vereinigt und im Westen die KPD verboten wurde. Matinee mit Egon Krenz, letzter Staatsratsvorsitzender der DDR, Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, und den Künstlern Gina Pietsch, Hartmut König und Erich Schaffner.

13.30 Uhr: Wohnungsbau und Vergesellschaftung - Die DDR-Erfahrung für heutige Kämpfe | Podiumsdiskussion mit Karin Baumert, Berliner MieterGemeinschaft e.V., und Franziska Kleiner, Internationale Forschungsstelle DDR (IFDDR).

15.00 Uhr: Gegen Geschichtsverfälschung und Russophobie

Gespräch mit Sergej Netschajew, Botschafter der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland. Der Botschafter der russischen Föderation ist im FMP1 nicht willkommen, deshalb wird die Veranstaltung im Rahmen der Friedenstage im *RAUM, Rungestraße 20, 10179 Berlin*, stattfinden.

Das ganze Programm:
friedenstage.dkp.de



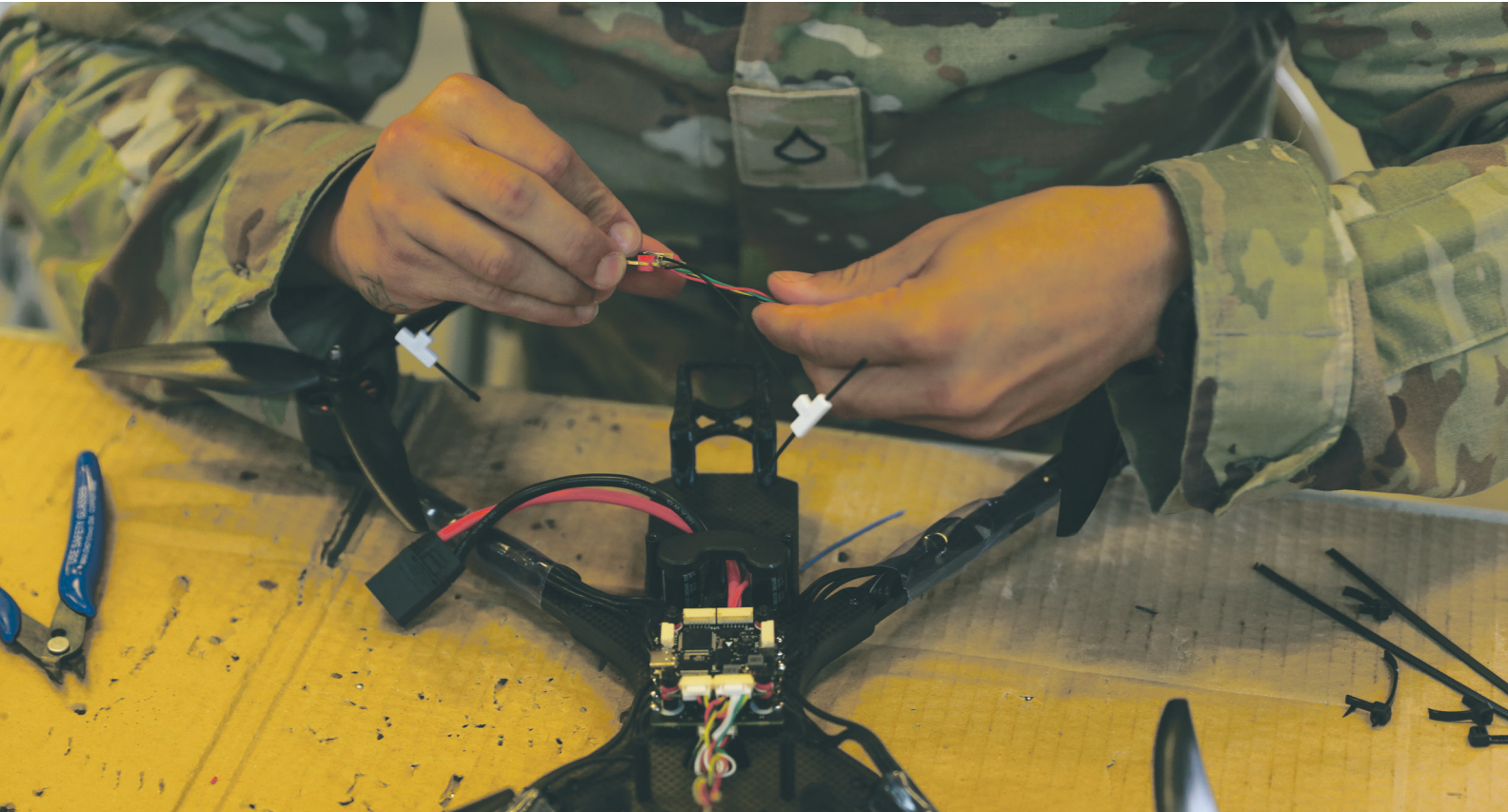


Foto: Wikimedia Commons

Zum Gruseln: Berlin als Zentrum neuester Kriegstechnologie

Die Entwicklung Berlins zu einem zentralen Rüstungsstandort ist in vollem Gange. Neueste Kriegstechnologie wird von inzwischen hunderten von Firmen inmitten der Stadt entwickelt. Um diese Aktivitäten noch besser zu bündeln, haben die Industrie- und Handelskammer und der Berliner Senat am 27. April die Initiative „TechHUB SVI OST“ vorgestellt.

Die Abkürzung bedeutet: „Technology Hub Sicherheits- und Verteidigungsindustrie Ost“. Die verquaste Abkürzung mit ihrer Mischung aus Deutsch und Englisch, Groß- und Kleinschreibung ist keinesfalls nur der typische Berliner Angeberjargon aus dem Munde hiesiger Politgrößen. Denn es war schon erschreckend, als Wirtschaftssenatorin Giffey (SPD) dann erzählte: Bereits „130 Unternehmen aus der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sind in der Hauptstadtregion ansässig“ sowie „über 400 Unternehmen, die im Dual-Use-Bereich Produkte, Software und Technologien erarbeiten“. Allerdings hatte rbb24 schon am 12.8.2025 berichtet, dass 100 solcher Firmen von der Berliner Wirtschaftsförderung Berlin Partner „betreut werden“.

„Dual Use“ – ein verschleierndes Englisch, was übersetzt „zweifache Verwendung“ heißt, nämlich im zivilen und im militärischen Bereich. Doch das zweite ist das, worauf es ankommt. Ein „Letter of Intent“ („Absichtserklärung“) der Initiative „TechHUB ...“ erklärt: „Übergeordnetes Ziel des TechHUB SVI Ost ist es, Innovationen, Wertschöpfung und Wachstum der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in der Region zu fördern und damit einen Beitrag zu Resilienz und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und seiner Partner zu leisten.“

Der Standort Berlin hat, so die Erklärung weiter, dafür einiges zu bieten, nämlich z.B. den „Hauptstadtvorteil“. „Berlin ist ein zentraler europäischer Knotenpunkt politischer Entscheidungsprozesse. Die Nähe zu Ministerien, Bundeswehr, Botschaften, nationalen Sicherheitsbehörden sowie dem Nationalen Sicherheitsrat schafft ideale Bedingungen für ein strategisch eingebettetes DefTech- und SVI Ökosystem.“ („DefTech“ heißt wohl Verteidigungstechnologie, aber wer will Böses dabei ahnen, wenn das Ganze doch in ein Ökosystem eingebettet ist.) Und die Erklärung verrät, was hinter Senatorin Giffey Zahlen steckt: „Berlin verfügt über exzellente Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, Reallabore und Testfelder ... darunter etablierte Defence-Unternehmen, spezialisierte Industriebetriebe entlang der gesamten Lieferkette und ein dynamisches Dual-Use-Startup-Ökosystem. Leistungsstarke Netzwerke in Schlüsseltechnologien wie KI, Cyber Security, additive Fertigung, Quantentechnologie, Mikroelektronik, Leichtbau, Drohnentechnologie, Optik/Photonik, Robotik, Materialforschung, Sensorik sowie Luft- und Raumfahrttechnik sind in der Hauptstadt ansässig.“

Auf dem ehemaligen Flughafen Tegel werden Teile dieses undurchsichtigen Netzes räumlich gebündelt. Dort ist in den vergangenen Jahren die „Urban Tech Republic“ entstanden. Sie soll Teil eines zukünftigen neuen Stadtviertels sein und an ein neu zu schaffendes Naturschutzgebiet angrenzen. Hier ist das Start-up German Drones angesiedelt, das mit seinen Aufklärungsdrohnen (früher z.B. in der Landwirtschaft oder beim Katastrophenschutz im Einsatz) mittlerweile sowohl in Tegel als auch in Kiew für den militärischen Einsatz produziert. In unmittelbarer Nachbarschaft finden sich weitere Start-ups aus dem Bereich „DefTech“ (nennen wir es auf gut Deutsch: Kriegstechnologie) wie Project Q, Promethion, Radiant oder Sapper Intelligence.

Ein weiterer Ort der Berliner Start-up-Szene existiert bereits seit 2013 im Tempelhofer Orts-

teil Mariendorf auf dem Gelände eines ehemaligen Gaswerks. Der „Marienpark“ hat seine Entwicklung: Wo früher ein Brauerei-Start-up Bier braute (und mittlerweile pleite ist), findet sich jetzt der „Resilience Technology Campus“. Dieser „Campus“ gibt einen Einblick in die Zukunft einer militarisierten Start-up-Welt. Es vereint die Bereiche Künstliche Intelligenz, 3D-Druck-Technologien und Cyber Security Innovationen – Kernbereiche von „DefTech“. Hier fand im Juli dieses Jahres wieder die „European Defence Tech Week“ statt, bei der auch Teilnehmer aus der Ukraine eingeladen sind, die in ihrer Heimat praktisch erproben dürften, was in Mariendorf ausgebrütet wird. Teil dieser Veranstaltungswoche ist auch der „European Defence Tech Hackaton“. Es zeigt sich: Die einst als Subkultur gestartete IT- und Computerszene ist für die Cyber-Krieger ohne weiteres anschlussfähig.

Das führende Berliner Rüstungsunternehmen Stark Defence (mit Niederlassungen in London, Kiew, Stockholm und neuerdings Athen) bestätigt das. Auf der Website der „Berliner Wirtschaft“ erklärte Firmen-Mitgründer Schaback am 1.12.2025, warum es die Firma nicht mehr in München hielt: „Berlin steht für eine technologisch starke Gründerszene und bietet ein einzigartiges strategisches Ökosystem aus Wirtschaftsakteuren, Forschungseinrichtungen und staatlichen Institutionen, die den akuten Bedarf an sicherheitsrelevanten Innovationen erkennen.“ Denn „entstanden aus einem akuten Bedarf der ukrainischen Streitkräfte, entwickelt STARK innovative Systeme, die der Realität moderner Kriegführung gerecht werden“, so die Firma in einer kurzen Selbstdarstellung für ihren kommenden Auftritt auf der Nürnberger Messe enforce-tac. Bei einem Blick auf die Website des Unternehmens wird sofort klar, worum es geht: Kamikaze-Drohnen (tragbar oder rohrgestützt), See-Drohnen, Software für Drohnensteuerung, kurz: unbemannte Waffensysteme für den Kriegseinsatz in der Ukraine.

Berlins neue Rüstungsindustrie spielt somit eine wichtige Rolle in der von Kanzler Merz am 14. April verkündeten strategischen Partnerschaft Deutschlands und der Ukraine. Die ganze Entwicklung ist brandgefährlich: Mit dem Aufbau einer Kriegswirtschaft versucht die Regierung das Abgleiten Deutschlands in die wirtschaftliche Dauerkrise zu verhindern. Aber die für die Rüstung verausgabten Schulden-Milliarden müssen sich am Ende „rentieren“. Kommt darum der offene Krieg gegen Russland, wird die Rüstungshauptstadt Berlin zu einem der vorrangigen Kriegsziele. Kommt er nicht, wird sich der ökonomische Niedergang Deutschlands beschleunigen.

Redaktion Anstoß

Jugendoffiziere sollen in Berliner Schulen ein- und ausgehen können

Ohne öffentliche Debatte, ohne vorherige Konsultation der Schulen, der Lehrgewerkschaft GEW oder der Elternvertretungen hat der Berliner Senat Anfang Juni eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr unterzeichnet. Am 8. Juni unterschrieben Bildungssenatorin Günther-Wünsch (CDU), der Kommandeur des Landeskommandos Berlin Brigadegeneral Busch und der Fachbereichsleiter Ost des „Zentrums Informationsarbeit Bundeswehr“ Major Nothing das Papier. Vereinbart wurde damit ein geregelter Auftritt von „Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren“ im Schulunterricht, darüber hinaus aber auch in der Lehreraus- und -weiterbildung. Und nicht vergessen wurden auch die Bediensteten der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und ihrer nachgeordneten Behörden, die bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen „Seminare zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr“ oder Einrichtungen der deutschen Armee besuchen können.

Gestelzte Worte durchziehen die Vereinbarung. Etwa zu Beginn: „Die diskursive Auseinandersetzung mit Frieden und Krieg, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Sinne der politischen Bildung zielt auf die Mündigkeit und Partizipation beziehungsweise auf den Erwerb von Demokratiekompetenz der Bürgerinnen und Bürger.“ Oder im zweiten Absatz: „Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere ... nehmen ... Stellung zu

friedens- und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der auf dem Grundgesetz basierenden, wertorientierten Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Einbindung Deutschlands in Bündnisse sowie der deutsche Beitrag zur internationalen Krisenvorsorge und Konfliktbewältigung sind wesentliche Bestandteile der Informationsangebote der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere.“

Formal unterscheidet die Schule selbst, ob und wie Jugendoffiziere eingeladen werden. Die Schule trage, so der Vertragstext, „die Verantwortung für die didaktische und methodische Einbettung“. Es ist aber kaum anzunehmen, dass die hauptamtlichen Jugendoffiziere (etwa 100 Einsätze im Jahr) sich inhaltlich von Lehrkräften, denen im Zweifel Fachwissen und Zeit fehlen, die Butter vom Brot nehmen lassen. Theoretisch können auch Friedensaktivisten referieren, doch eine Friedensbewegung kann dem professionellen „Informationsangebot“ der Bundeswehr natürlich nichts Vergleichbares entgegensetzen.

Die Jugendoffiziere, so ist es formuliert, „betreiben keine Nachwuchswerbung“. Aber, nicht überraschend, werden „bei ihrem Beitrag zur politischen Bildung ... transparente und nachvollziehbare Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzu-beziehen sein“. Da muss man auf gut (Alt-)Ber-



Foto: DKP Berlin

linerisch feststellen: „Nachtigall, ich hör dir trappen.“ Schließlich gelten bereits die Vorgaben zur Rekrutierung Freiwilliger für die neu eingeführte Wehrpflicht sowie die vom SPD-geführten Verteidigungsministerium aufgestellte Zielgröße für die Vergrößerung der Bundeswehr-Truppenstärke von 186.000 auf 260.000 Mann (korrekt natürlich: Soldatinnen und Soldaten), die geplante Reserve von 200.000 Mann nicht zu vergessen.

Widerstand gegen den Versuch, Kinder und Jugendliche für die Bundeswehr einzunehmen, kommt unter anderem von Eltern gegen die Wehrpflicht (ElterngegenwehrpflichtBerlin@gmx.net),

die sich ausdrücklich für Schulen ohne Bundeswehr einsetzen und die Schüler- und Elternvertretungen für diese Missstände sensibilisieren.

Kleiner Nachtrag

Ausnahmsweise wollen wir mal kleinlich sein: Die dreiseitige Kooperationsvereinbarung enthält drei Komma-Fehler, vier Grammatik-Fehler, außerdem einmal den falschen und einmal den fehlenden Gebrauch einer Präposition.

Franziska Kleiner

Tempelhofer Feld: Alles im grünen Bereich?

Eigentlich sollte doch alles klar sein: Wir haben hier in Berlin eine weltweit fast einmalige unbebaute Fläche im Innenstadtbereich von gut 3 km² Größe (davon 2 km² Wiesenfläche), täglich je nach Wetterlage besucht von Hunderten oder Tausenden, die dort Erholung und Entspannung suchen. Die Besucher können dort Rad fahren, skaten, Drachen steigen lassen, grillen, Fußball spielen, gärtnern, einfach nur spazieren gehen (dabei Wiesenvögel beobachten), Schafe sehen und und und ... Zu großen Events kommen Zehntausende wie etwa bei Konzerten auf dem ehemaligen Vorfeld oder dem Drachenfest auf den Start- und Landebahnen des ehemaligen Flughafens.

Das Ganze ist abgesichert durch das per Volksentscheid beschlossene „Tempelhofer-Feld-Gesetz“, dem 2014 eine Mehrheit von fast zwei Dritteln der Abstimmenden zustimmte (mit jeweiliger Mehrheit in allen Berliner Bezirken). Das im Gesetz vorgeschriebene Konsensverfahren der „Öffentlichen Feldkoordination“ zur Entwicklung und Pflege des Geländes ist ein seltenes Beispiel gelungener Kooperation von staatlicher Verwaltung und Bevölkerung. Gelegentlich wird eingewendet, die finanziellen Zuwendungen könnten großzügiger ausfallen. Aber zweifellos wächst der Baumbestand, gedeihen die Hochbeete und mehren sich die vielfältigen Veranstaltungs-Angebote. Das Gelände wird von Jahr zu Jahr gepflegter und die Besucherzahlen nehmen stetig zu.

So darf es nicht bleiben, denken sich die Immobilienlobby und mit ihr die Berliner CDU. Nachdem auch schon der vorherige und dann der gegenwärtige Bundeskanzler meinten, sich für eine Bebauung aussprechen zu müssen, wurden am 25.Mai mit großem Tamtam erneut Pläne für eine „Rand“bebauung der Fläche vorgestellt. Nach Plänen der prominenten Architekten Kollhoff und Nöyer sollen durch 2000 Wohnhäuser mit 21.400 Wohnungen (da kommt man auf mindestens 50.000 Einwohner) die Wiesenflächen des Gebietes praktisch eingemauert werden. Die Industrie- und Handelskammer lieferte gleich noch eine maßgeschneiderte Umfrage dazu: Auf Grund der Wohnungsnot sei jetzt eine Mehrheit der Berliner für die Bebauung des Tempelhofer Feldes. Und der neue CDU-Spitzenkandidat Evers will die Randbebauung ohne neuen Volksentscheid oder ohne vorherige Bürgerbefragung durch ein neues Gesetz im Abgeordnetenhaus beschließen lassen. Seine Krokodilstränen fließen: „Die Menschen spüren doch, dass die Wohnungsnot ein Problem ist, das uns alle betrifft.“

Ja, jetzt müssen größere Hämmer herausgeholt



Foto: Wikimedia Commons

werden, nachdem die weiche Tour nichts gebracht hat: Ein vom CDU-SPD-Senat 2024/25 ausgelobter Architekten-Wettbewerb für die bauliche Gestaltung des Feldes ging nämlich für die Lobbyisten nach hinten los: Die Mehrheit der Entwürfe sahen gar keine Bebauung vor, die übrigen nur eine äußerst eingeschränkte. Die per Zufallsverfahren ausgewählte Bürger-Jury lehnte jegliche Bebauung ab.

Aber der CDU-SPD-Senat arbeitet auch mit Fouls. Schon zum zweiten Mal (nach 2016) wollte er das Tempelhofer-Feld-Gesetz ändern. An der Feldkoordination wie an den zuständigen Parlamentsausschüssen vorbei sollte das Abgeordnetenhaus noch vor der Sommerpause die Änderung durchwinken. Wieder geht es um „temporäre Bauten“, gemeint sind Unterkünfte für Geflüchtete. Der Plan: Dreistöckige Modulbauten für 1100 Menschen werden am Columbiadamm auf einer 10 Hektar großen Fläche errichtet. Die nördliche Grillwiese hätte dann glauben müssen. Steter Tropfen höhlt den Stein, so dürfte die Taktik heißen. Doch dann geschah ein kleines politisches Wunder: Die SPD-Fraktion sperrte sich gegen den geplanten Coup, der Antrag des Senats

wurde von der Tagesordnung genommen. Damit ist dieses Manöver erst einmal bis auf weiteres gescheitert. Die Bürgerinitiative 100% Tempelhofer Feld wertet das als großen Erfolg.

Anfang Juni hatte sich der Berliner SPD-Kovorsitzende und Spitzenkandidat für die Wahlen im September, Stefan Krach, gegen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes ausgesprochen. Auch im Wahlprogramm der Berliner SPD steht das so. Dürfen wir darauf hoffen? Gegen hiesige SPD-Strippenzieher wie Giffey (derzeit Wirtschaftsministerin) und Gaebler (derzeit Bausenator) wird sich der Hannover-Import Krach im Zweifelsfall nicht durchsetzen können. Bleibt noch die Partei? Erinnert sei an den Parteitag der Berliner SPD im Jahre 2009. Mit Mehrheit angenommen wurde ein Beschluss gegen den Weiterbau der A 100 ab dem Neuköllner Dreieck. Der Regierende Bürgermeister Wowereit und seine Parteifreunde im SPD-Linke-Senat scherten sich nicht darum. Und Die Linke? Verhielt sich still.

Gruppe Tempelhof-Schöneberg

das Wohnungsproblem und die vielen anderen Krisen in Berlin nicht lösen lassen. Die Rechnung ist einfach: für den Preis eines Schützenpanzers hätten rund 100 Sozialwohnungen gebaut werden können. Der Kampf für bezahlbaren Wohnraum und der Kampf gegen die Militarisierung Deutschlands sind zwei Seiten derselben Medaille! Keine Partei im Abgeordnetenhaus nennt diesen Zusammenhang. Genau deshalb tritt die DKP zur Wahl an.

Matthew Read

Vergesellschaften und bauen!

„Bauen, bauen, bauen“ versprechen Bundesregierung und Berliner Senat seit Jahren – und verfehlen selbst ihre eigenen wenig ambitionierten Ziele. Rund 11.000 Wohnungen wurden im Jahr 2025 in der Hauptstadt fertiggestellt – ein Rückgang von 28,2 Prozent gegenüber 2024. Die geniale Strategie dahinter? Bedingungslose Unterwerfung unter private „Bauinvestoren“, die man mit allen Mitteln in die Stadt zu locken versucht. Dass sich solche Investoren nicht für bezahlbaren Wohnraum interessieren, wird dabei verschwiegen.

Nun hat diese investorenhörige Politik eine neue Dimension erreicht: Die Bundesregierung plant, Vergesellschaftungsinitiativen auf Landesebene per Gesetz zu verbieten – ein doppelter Angriff auf die Demokratie! Sie bespuckt damit nicht nur die über eine Million Berlinerinnen und Berliner, die 2021 per Volksentscheid mehrheitlich für die Enteignung von Deutsche Wohnen & Co. stimmten. Sie greift auch Artikel 15 des Grundgesetzes an, der eine Vergesellschaftung ausdrücklich erlaubt.

Das ist der i-Punkt einer Politik, die alle in Berlin regierenden Parteien seit 1990 vorangetrieben haben, vor allem SPD, CDU und Die Linke: Wohnraum, der zuvor der Stadt gehörte, wurde an internationale oder deutsche Investmentgesellschaften verhökert, damit der Markt alles „von selbst regelt“. Seit dem Anschluss der DDR wurden in Berlin insgesamt fast 320.000 Wohnungen aus den Beständen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften privatisiert. Das entspricht einem Anteil von 54 Prozent des öffentlichen Wohnungsbestandes von 1990. Die Ergebnisse dieser tatsächlichen Ent-

eignung haben zu den jetzigen Zuständen auf dem Berliner Wohnungsmarkt geführt: Verdopplung der Mietpreise innerhalb eines Jahrzehnts, Rekordwerte bei Zwangsräumungen und Wohnungslosigkeit, Verdrängung ganzer Bevölkerungsschichten an den Stadtrand oder gleich aus der Stadt hinaus.

Doch erst wenn Wohnraum sowie Grund und Boden den Konzernen und Spekulanten entzogen und in öffentliches Eigentum überführt werden, wird sich das Wohnungsproblem in Städten wie Berlin lösen lassen. Unsere Wohnungspolitik beruht deswegen auf drei Säulen. Zum ersten: Sofortige Entlastungsmaßnahmen durch ein Verbot von Zwangsräumungen, die Aufstellung eines politisch festgelegten Mietendeckels sowie die Konfiszierung der über 40.000 dauerhaft leerstehenden Wohnungen. Zum zweiten: Enteignen, aber richtig – keinen Cent den Konzernen. Eine Entschädigung nach jahrzehntelangem Wucher ist schlicht nicht zu rechtfertigen. 2025 zum Beispiel erzielte Vonovia über 1,5 Milliarden Euro Gewinn aus Mieteinnahmen, die wir aus unseren Gehältern und Renten bezahlt haben.

Drittens: Ein massives kommunales Wohnungsbauprogramm. Das wird aber nur möglich, wenn der Kurs der Militarisierung gestoppt wird. Solange Milliarden in die Aufrüstung fließen, werden sich

Jugend-Verelendungsprogramm abwenden!

Die neuen Kürzungsvorhaben und Sparvorschläge der Bundesregierung zu Lasten einkommensschwacher Haushalte könnten die Berlinerinnen und Berliner besonders hart treffen. Laut Berliner Sozialbericht 2025 lebte jedes vierte Kind unter 15 Jahren in einem Haushalt, der Bürgergeld bezieht und von den Kürzungen der Bundesregierung betroffen sein wird. Ein Fünftel aller Berliner Haushalte gilt als von Wohnungsarmut betroffen, das heißt mindestens 40 Prozent des Einkommens werden hier für die Bruttokaltmiete aufgebracht. Jede neunte Berlinerin oder Berliner bezieht Bürgergeld (jetzt: „Grundsicherung“). Ein Teil der angekündigten Reformen zielen also auf einen relevanten Teil der Bevölkerung, und darunter den Teil, der am stärksten armutsgefährdet ist.

Viele Viertel in unserem Bezirk Mitte und hier besonders Wedding können als Brennpunkte der Armut benannt werden: Jede sechste Person hier lebte bislang in einer Bedarfsgemeinschaft im Bürgergeldbezug. Knapp 30 Prozent der Kinder in unseren Nachbarschaften wachsen in Armut auf, während 23 Prozent unserer Nachbarinnen und Nachbarn in Haushalten mit weniger als 1500 Euro netto im Monat leben.

Viele Familien finden bislang Unterstützung in der Sozialen Arbeit an den Schulen. Doch auch hier wird der Rotstift angesetzt. So veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband im April 2026 ein internes Arbeitspapier, dem zufolge Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker über Kürzungen im Umfang von mindestens 8,6 Milliarden Euro berieten. Die Folge: Auch in Berlin wird die schulbezogene Jugendsozialarbeit unter Druck gesetzt. Im Bezirk Mitte sollten im Entwurf des Doppelhaushalts 2026/27 fünf bezirklich finanzierte Schulstationen vollständig gestrichen werden. Das führte zur existentiellen Krise dieser Dienste, deren unmittelbare Schließung vorerst durch eine Übergangsfinanzierung verhindert werden konnte.

Während die Bundesregierung also mit einem Sondervermögen Milliarden mobilisiert, um die deutsche Wirtschaft auf Rüstungs- und Kriegsproduktion umzustellen, soll für armutsbetroffene Haushalte und ihre Kinder kein Geld mehr da sein. Darum fordert die DKP Berlin die Rücknahme aller Kürzungen, stattdessen Geld für Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen. Der Wedding und Berlin braucht Jugendsozialarbeit anstelle einer Rüstungsfabrik, wie die des Rüstungskonzerns Rheinmetall in der Scheringstraße. Gegen Kürzungen im Sozialen – im Wedding und überall!

Gruppe Wedding

**BERLINER
MIETERGEMEINSCHAFT E.V.**

Berlins preisgünstige und
engagierte Mieterorganisation

www.bmgev.de
verwaltung@bmgev.de
030 – 216 80 01

**JETZT
MITGLIED
WERDEN!**

WEINBRENNEREI
SEIT 1877
E. & M. Leydicke

BERLINER TRADITIONSGASTSTÄTTE

Mansteinstraße 4, 10783 Berlin
Täglich ab 19 Uhr geöffnet.
Wir freuen uns über Ihren Besuch.
www.leydicke.com

ANZEIGE

**NEIN ZU
HOCHRÜSTUNG,
WEHRPFLICHT
& KRIEG!**

FÜR FRIEDEN,
DEMOKRATISCHE RECHTE
UND SOZIALE SICHERHEIT

**GROßDEMONSTRATION
3. OKTOBER 2026
13.00 Uhr
BERLIN**

www.nie-wieder-krieg.org

Berlins kommunistische Kandidaten

Die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP sind keine Berufspolitiker, sondern Gewerkschafter, Studierende und Rentner aus Berlin – Menschen, die nicht erst seit gestern kämpfen, ob im Betrieb oder auf der Straße, zuletzt in der Bewegung gegen die Wehrpflicht. Hier stellen sie sich vor. Wer sie persönlich kennenlernen und ihnen Fragen stellen möchte, kann am letzten Augustwochenende zu den Friedenstag am Franz-Mehring-Platz 1 kommen.

Veranstaltung Stimme behalten - DKP wählen!

Wer seine Stimme zum Protest erheben will, darf sie nicht abgeben! Die DKP tritt am 20. September zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus Berlin an.
Mit unseren Kandidaten Olivia Schmitt und Arnold Schölzel:
- Bilanz des rotschwarzen Senats
- Unsere Forderungen für eine Stadt für Alle
- Berlin, Stadt des Friedens.

10.09.26, 19:00 | Traditionsgaststätte
Leydicke, Mansteinstraße 4, 10783



ARNOLD
SCHÖLZEL

Arnold Schölzel wurde 1947 geboren und wuchs in der Nähe von Bremen auf. 1967 siedelte er in die DDR über. Er ist promovierter Philosoph und arbeitete bis 1990 an der Humboldt-Universität. Seit 1997 leitete er das Feuilleton der Tageszeitung "junge Welt" und war von 2000 bis 2016 jW-Chefredakteur. Er schreibt für jW, für die Wochenzeitung der DKP "Unsere Zeit" und leitet die Monatszeitschrift "RotFuchs".

Explodierende Mieten, steigende Lebensmittelpreise, horrenden Heizungsabrechnungen – wer trägt die Verantwortung? "Wer Milliarden Euro für die Aufrüstung verpulvert, für Waffenlieferungen an die Ukraine und an Israel, hat nichts mehr in der Staatskasse für Wohnungsbau, Kitas, Schulen, Gesundheitswesen oder Infrastruktur. Jeder "Leopard"-Panzer bedeutet Hunderte Wohnungen weniger, jeder atomwaffenfähige F-35-Bomber eine Hochschule weniger. Die Bundesrepublik ist ein Paradies für deutsche und US-Konzerne, die den Staat als Selbstbedienungsladen betrachten. Sie diktieren die Preise, erhöhen die Zahl der Armen und der Superreichen. Bezahlen müssen das wir alle."



OLIVIA
SCHMITT

Olivia ist 24 Jahre alt und Robotikingenieurin. Aktuell studiert sie Computer Engineering mit Schwerpunkt Kognition an der TU Berlin. Besonders wichtig sind ihr der Kampf gegen die Militarisierung der Jugend und der Frauenkampf. Für die DKP kandidiert sie auf Listenplatz 2 für das Abgeordnetenhaus in Berlin.

Wie will die DKP die Militarisierung der Schulen stoppen? "Die Schülerinnen und Schüler sind es, die seit Monaten dafür kämpfen, dass die Bundeswehr nicht noch stärker die Gesellschaft beeinflusst. Sie gehen auf die Straße, um gegen die Wehrpflicht zu kämpfen. Wir als DKP unterstützen die Schulstreiks und wollen diesen Kampf gemeinsam weiterführen. Um nachhaltig gegen die Militarisierung der Schulen zu kämpfen, erinnern wir die Lehrkräfte an ihren Auftrag zur Friedenserziehung im Unterricht. Keine Offiziere an unseren Schulen und Hochschulen, keine Rekrutierung Minderjähriger für die Bundeswehr! Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!"



RAINER
PERSCHEWSKI

Rainer ist 63 Jahre alt, Kaufmann und Sozialökonom. Seit 2002 lebt er in Neukölln und ist derzeit im Betriebsrat eines Bahnunternehmens aktiv. Neben seiner aktiven Arbeit mit und in der DKP setzt er sich als Gewerkschafter seit vier Jahrzehnten konsequent für die Interessen der Kollegen und Kolleginnen ein. Soziale Ungerechtigkeit in Deutschland ist der Antrieb für sein gesellschaftliches Engagement.

Warum braucht es einen kommunistischen Gewerkschafter im Berliner Abgeordnetenhaus? "Weil Beschäftigte und ihre Interessen endlich eine konsequente Stimme brauchen. Ein kommunistischer Gewerkschafter kennt die Realität in den Betrieben und kämpft für gute Arbeit, starke Mitbestimmung und einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr. Er steht an der Seite der Kolleginnen und Kollegen – nicht der Lobbyisten. Für soziale Gerechtigkeit, Frieden und eine Politik, bei der die Bedürfnisse der Mehrheit wichtiger sind als die Profite weniger."



JOHANNES
WULLSCHLÄGER

Johannes ist 24 Jahre alt und studiert Psychologie an der Humboldt Universität. Außerdem arbeitet er bei einer Berufsgenossenschaft. Der Kampf um bessere Bildung sowie bezahlbare Kultur- und Freizeitangebote sind ihm ein Kernanliegen. Johannes lebt und engagiert sich in seinem Kiez in Johannisthal, wo er als Direktkandidat der DKP zur Wahl antritt.

Warum braucht Berlin einen jungen Kommunisten im Abgeordnetenhaus? "Im Abgeordnetenhaus kuscheln die Parteien mit den Vertretern der Großkonzerne. Senatoren schieben ihren Parteikollegen Gelder zu. Von ihnen werden wir nicht gehört, wir müssen uns eine eigene Stimme geben. Wir brauchen eine Stimme gegen Kürzungen, eine Stimme der Schulstreiks gegen die Wehrpflicht, eine Stimme gegen den Mietwucher. Kurz: Wir brauchen eine Stimme der arbeitenden und lernenden Jugend! Die DKP stärkt die Stimmen der kämpfenden Jugend – auch über die Wahl hinaus."



ROLF MEIER

Rolf ist 59 Jahre alt und lebt in Friedrichshain-Kreuzberg. Er ist gelernter Diplombiologe und arbeitet seit vielen Jahren als examinierter Krankenpfleger. Er hat in verschiedenen Bereichen der Berliner Pflegelandschaft gearbeitet, besonders aber im stationären Bereich von Kliniken. Seit mehr als 30 Jahren ist er politisch aktiv und auch organisiert, vor allem in der DKP. Darüber hinaus ist er in sozialen Bewegungen, Initiativen und Vereinen aktiv gewesen (Hans-Litten-Archiv und die Rote Hilfe).

Welche Lösungsansätze haben die Kommunisten für das Berliner Gesundheitswesen? "Es geht um die Verwirklichung des sozialen Menschenrechts auf Gesundheit. Dazu gehört auch mehr Personal, bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen. Krankenhäuser gehören in staatliche Hand, unter demokratischer Kontrolle. Die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung ist aufzuheben. In der Finanzierung macht nur eine einzige Krankenkasse für alle Sinn. Die paritätische Finanzierung muss wieder hergestellt werden. Wir brauchen eine integrierte wohnortnahe Versorgung, die endlich auch Prävention zum Normalfall macht."



AXEL SEELIG

Axel kandidiert für die DKP im Bezirk Treptow-Köpenick. Hier könnte vieles wesentlich besser funktionieren, wenn dem Gemeinwohl und somit den Interessen der Mehrheit Vorrang eingeräumt werden würde! Es ist möglich, einen funktionierenden ÖPNV und einen kommunalen Wohnungsbau zu organisieren! Wir wollen zusammen mit den Menschen den Bezirk gestalten und verändern!

Warum nimmt die Militarisierung eine so zentrale Rolle im Wahlprogramm der DKP für Treptow-Köpenick ein? "In Adlershof werden gezielt Start-Ups zur Entwicklung von Drohnen und anderer Kriegstechnik angesiedelt. Adlershof wird zum Rüstungsstandort und gefährdet damit die Sicherheit der Bevölkerung. Wir dürfen nicht zulassen, dass Deutschland Kriegspartei ist. Nur im Austausch mit allen Völkern und durch internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit können wir eine friedliche und zukunftsweisende Entwicklung erreichen!"



SAMUEL
VETTER

Samuel studiert im zweiten Semester Literatur und Philosophie an der HU. Er sagt: "Zur Politik bin ich gekommen, weil ich in meinem kurzen Leben bereits bemerken musste, daß sich die Lage hier in allen relevanten Bereichen verschlechtert: Bildung, Infrastruktur, Rente usw., ganz gleich wer regiert. Und nach außen unterstützt die BRD Kriege in aller Welt. Die Systemfrage liegt für mich auf der Hand."

Studieren in Berlin wird immer teurer – Miete, Lebenshaltungskosten, Studiengebühren. Warum ist das so? "Studenten müssen im Durchschnitt über 600€ für ihre Miete ausgeben, hinzu kommen die gestiegenen Preise wie Semestergebühren. Die geplante Erhöhung des BAföG steht aus, wer weiß, ob sie je kommen wird. Viele müssen neben dem Studium arbeiten, was dazu führt, dass kaum ein Student in der Regelstudienzeit fertig wird. Aber die Politiker beklagen sich über Fachkräftemangel."



HEINZ WERNER

Heinz ist 71 Jahre alt und in seinem Kiez in Friedrichshagen ein bekanntes Gesicht. Als Taxifahrer ist er jeden Tag in Berlin unterwegs und kennt seine Bewohner. Für ihn steht der Kampf um eine Zukunft in Frieden im Vordergrund. Aufgewachsen in der DDR, ist es für ihn am wichtigsten, auch kommenden Generationen ein Leben ohne Krieg zu sichern.

Du fährst seit Jahren durch Berlin – wie hat sich die Stadt verändert? "Berlin wird immer mehr zur Anlagemöglichkeit für die großen Banken und Konzerne. Alles, was mal dem Volk gehörte, wurde an private Investoren verschertelt – den Preis zahlen wir alle. Als Ost-Berliner weiß ich: Eine andere Stadt war möglich. Eine, in der Wohnen kein Luxus war, eine, in der Orte wie das SEZ günstige Erholung boten, eine, in der die nächste Kaufhalle nah und die Waren bezahlbar waren. Ich kann nicht zu Hause sitzen und zusehen, wie meine Stadt vor die Hunde geht. Berlin muss eine Stadt sein, in der es sich leben lässt ohne ständige Furcht vor der nächsten Mieterhöhung!"

Fotos: DKP Berlin

DKP BERLIN GRUPPENTERMINE

BETRIEBGRUPPE BAHN

Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243, Raum 551
Kontakt: info-bgbahn-berlin@dkp.de

PANKOW

Termin: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr
Ort auf Anfrage
Kontakt: dkp-pankow@berlin.de

BETRIEBSAKTIV GESUNDHEIT

Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243, Raum 551

SPANDAU

Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat um 19.00 Uhr
Ort: Lynarstr. 9, 13585
Kontakt: dkp-spandau@gmx.de

FRIEDRICHSHAIN/KREUZBERG

Termin: Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
Ort: Cafe Commune, Reichenbergerstraße 157, 10999
Kontakt: fhkb@dkp.berlin

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 19.00 Uhr
Ort: Leydicke, Mansteinstraße 4, 10783

LICHTENBERG/MARZAHN-HELLERSDORF

Termin: Jeden 1. und 3. Montag im Monat um 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243, Raum 551

TREPTOW-KÖPENICK

Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr
Kontakt: treptow-koepenick@dkp-berlin.info

NEUKÖLLN

Termin: Jeden 1. Donnerstag im Monat um 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053

WEDDING

Termin: Jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff, Malplaquetstr. 12, 13347
Kontakt: info@dkp-wedding.de

Der *Berliner Anstoß* erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Redaktion: Jörg Stoll (V.i.S.d.P.),
Laurentiu Dragota

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag:
DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1,
Büro 551/552, 10243 Berlin

Öffnungszeiten: Freitag,
15:00 bis 18:00 Uhr

Telefonnummer: 030 29783132

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe:
25 000 im Raum Berlin

Druck: Union Druckerei
Berlin Verwaltung GmbH

DKP Berlin auf Social Media:



Mail: anstoss@dkp.berlin
www.berlin.dkp.de

DIESES PROJEKT WIRD ÜBER SPENDEN FINANZIERT:
Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das Konto der DKP Berlin:

Berliner Sparkasse
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
BIC: BELADE33
VwZ: Anstoß